

Amer Tageblatt

Belegungen nehmen die Anzeigen und die Anzeigen der Postämter entgegen. — Erscheint wochentlich. Fernsprech-Anschluß Nr. 53.

Anzeiger für das Erzgebirge

Belegungen für Anzeigen und Postämter entgegen. — Erscheint wochentlich. Fernsprech-Anschluß Nr. 53.

Telegramme: Tageblatt Erzgebirge. Enthaltend die amtlichen Bekanntmachungen des Rates der Stadt und des Amtsgerichts Aus. Postfach-Konto: Amt Leipzig Nr. 1000

Nr. 76

Sonntag, den 31. März 1929

24. Jahrgang

Die Wahlreform

Von Dr. K. L. Reichsminister a. D.

Seit fünf Jahren besteht in der öffentlichen Meinung Deutschlands kein Zweifel mehr darüber, daß unser jetziges Wahlrecht im Reichstag einer dringenden Reform bedarf. Bereits im Jahre 1924 hatte deswegen die damalige Reichsregierung dem Reichstag einen entsprechenden Gesetzentwurf zugehen lassen. Auch ich habe als Reichsinnenminister im Jahre 1926 der Regierung ein fertiges Reformgesetz unterbreitet, aber leider ist es in Deutschland so, daß Regierungskrisen und Reichstagsauflösung regelmäßig eine Fülle von Arbeit unter den Tisch fallen lassen und die Lösung spruchreifer Probleme immer wieder von neuem verzögern. Dieses Schicksal hat jahrelang auch die Wahlreform geteilt, und das mag der Grund dafür sein, daß sich seit drei Jahren keine Reichsregierung mehr an die Lösung dieses Problems so recht herangetraut. Es ist deswegen notwendig, daß aus dem Volk heraus eine entsprechende Bewegung einsetzt. Eine Grundlage hierfür gibt das jetzt von der Demokratischen Partei der deutschen Öffentlichkeit unterbreitete Wahlgesetz.

Die Fehlerquellen, die das jetzige Wahlverfahren aufweist, lassen sich in folgenden Feststellungen kennzeichnen. Es wählt nicht der Wähler, sondern die Parteiorganisation, die vor der Wahl die Listen aufstellt. Es kann nur für die Parteilisten gestimmt werden. Die Kandidaten der Reichslisten werden nicht vom Volke gewählt, sondern von einem kleinen Parteiauswahlgremium ernannt. Damit ist die Vorschrift der Reichsverfassung, daß das Wahlrecht ein unmittelbares sein soll, nicht mehr erfüllt. Der Kampf um den Platz auf der Liste bereitet allen Parteien erhebliche Schwierigkeiten. Er findet ohne öffentliche Kontrolle bei einem starken Andrängen der Berufs- und Interessengruppen statt. Nur die ersten Bewerber der Liste sind gezwungen, sich als Persönlichkeit ernstlich am Wahlkampf zu beteiligen und durchzuführen. Beim Ausschneiden von Abgeordneten treten als Ersatzleute Bewerber ein, die der Wählerschaft kaum bekannt sind. Das System begünstigt die Parteispaltung. Damit wird die Aufgabe des Parlaments, dem Staate eine Führung zu geben, unnötig erschwert.

Aus der Erkenntnis dieser Mängel heraus verfolgt die demokratische Wahlreform das Ziel, die Listen zu beseitigen, kleine Wahlkreise zu schaffen und zur Einerkandidatur zu kommen. Wähler und Kandidaten sehen sich dann wieder von Angesicht zu Angesicht gegenüber und die politische Gesamtpersönlichkeit steht dann im Vordergrund und nicht die Zugehörigkeit zu irgendeiner Schicht. Gleichzeitig werden wirksame Maßnahmen gegen die Parteispaltung getroffen, die bis jetzt vom Listensystem gefördert wird. Wenn ein Wahlvorschlag nicht mindestens drei Prozent aller im deutschen Reich abgegebenen Stimmen erhält, so soll er überhaupt keinen Abgeordnetenentsitz erhalten. Diese Vorschrift ist durchaus berechtigt, denn hinter einem solchen Wahlvorschlag steht dann eben keine beachtliche politische Willensbildung. Weiterhin soll für die Herstellung der Stimmzettel bei jedem Wahlvorschlag eine Kaution von 500 RM hinterlegt werden, die der Reichskasse verfallt, wenn nicht mindestens ein Kandidat dieser Partei gewählt wird. Auch diese Vorschrift ist durchaus berechtigt, denn das Reich hat gar keinen Anlaß, für jede noch so sinnlose Spaltungspartei zu seinen Lasten Propaganda zu machen durch kostenlose Verteilung von Stimmzetteln.

Um die Beziehungen zu Deutschen in Oesterreich immer enger zu gestalten, ist vorgesehen, daß auch die Bundesangehörigen der Oesterreichischen Republik in Deutschland wählen können, sofern sie seit Jahresfrist sich hier aufhalten. Selbstverständlich müssen auch diejenigen Reichsdeutschen sich an der Wahl beteiligen können, welche sonst im Ausland wohnen, sich aber am Wahltag in Deutschland aufhalten oder so nahe der Grenze leben, daß sie tatsächlich sich an der Wahl beteiligen können.

Die bis jetzt vorhandene Reichsliste ist abzuschaffen. Hier handelt es sich gar nicht mehr um eine eigentliche Wahl, sondern um eine Ernennung durch zentrale Parteistellen. Die auf der Reichsliste gewählten Abgeordneten vertreten überhaupt keinen Wahlkreis und haben infolgedessen gar keine persönliche Verbindung zu den Wählern. Das muß aber das Grundziel jeder Wahl sein.

Hoffentlich setzt eine recht lebhaft erörterte über den demokratischen Reformvorschlag ein, damit die Ansicht breiterer Volksschichten über dieses lebenswichtige Problem bekannt werden.

Osterkrise in Paris

Die enttäuschten Gläubiger

Alle die Versuchskabane, die in den ersten sieben Wochen der zweiten Daweskonferenz von London und Paris aus aufstiegen, sind längst am Horizont verschwunden. Die Gläubigerstaaten und ihre Vertreter auf der Konferenz hatten tatsächlich erwartet, daß Reichsbankpräsident Dr. Schacht nach seiner Rückkehr von Berlin zu Beginn der Karwoche Zahlen nennen würde, die als Verhandlungsbaustein zu einer Verständigung dienen könnten. Das ist nicht geschehen. Owen Young, der Vorsitzende der Konferenz, glaubte der öffentlichen Meinung Rechnung tragen und am Dienstag erklären zu sollen, daß der Augenblick gekommen zu sein scheint, wo die Aussprache über die Höhe und Dauer der deutschen Jahreszahlungen nicht mehr von Delegation zu Delegation, sondern in gemeinsamer Sitzung geführt werden könnte. Nach dieser Erklärung des Vorsitzenden folgte eine lange Minute peinlichen Schweigens, da kein einziger Delegierter sich zu Wort meldete. Um der allgemeinen Verlegenheit ein Ende zu machen, blieb Owen Young nichts anderes übrig, als die Sitzung für beendet zu erklären.

Das kritischste Stadium der Konferenz ist da. Die Delegierten der Gläubigerstaaten haben schon in der letzten Woche dem Präsidenten Owen Young amtlich mitgeteilt, welche Forderungen sie für ihre Länder erheben und welche Zugeständnisse sie äußerstenfalls machen könnten. Dr. Schacht, der die deutsche Delegation führt, auch die Forderungen der Gläubigerstaaten kennt, konnte sich zu deren großen Verdruss nicht entschließen, die Forderungen der Gläubigerstaaten als Basis für seine eigenen Vorschläge zu bezeichnen. Er lehnte es ab, diesen verhänglichen Weg zu beschreiten und blieb dabei, daß allein die deutsche Zahlungsfähigkeit und die vorhandenen Verträge für die Höhe und die Dauer der deutschen Jahreszahlungen von ausschlaggebender Bedeutung sind. So eingehend man sich auch über die „Wart der internationalen Regelung“ unterzieht, so sind doch alle die Unterhaltungen und vorläufigen Vereinbarungen

der Kernfrage untergeordnet, wie viel und wie lange Deutschland Reparationszahlungen leisten muß. Owen Young betrachtet es als seine Aufgabe, zwischen dem deutschen Angebot, das nur in unverbindlicher Form vorliegt, und den Gläubigerforderungen der Alliierten zu vermitteln. Eine Annäherung der weit auseinandergehenden Auffassungen ist bisher noch nicht ersichtlich.

Die Morgenpresse in Paris berichtet zum Teil in offenbar tendenziöser Weise über den Verlauf der letzten Vollziehung der Reparationsfachverständigen und sucht, wie der „Petit Parisien“, in der öffentlichen Meinung den Eindruck zu erwecken, als sei die deutsche Delegation vor das Ultimatum gestellt worden, bis zum kommenden Donnerstag mit Zahlen belegte Vorschläge zu unterbreiten. Davon kann keine Rede sein. In den Memoranden, so schreibt der „Petit Parisien“, werde Dr. Schacht gezeigt, daß der alliierte Block, den er durch geschickte Manöver sprengen zu können gehofft habe, und der sich tatsächlich ein wenig gelockert hatte jetzt seine Einheit wiedergefunden habe. Das Verdienst hierfür falle zu einem großen Teil Owen Young zu, der zuerst gewisse Argumente der europäischen Gläubiger Deutschlands, namentlich hinsichtlich des Schadenersatzes, abgelehnt, aber schließlich zugestanden habe, daß sie begründet seien, so daß er sich ihnen im weitesten Maße angeschlossen habe. Diese Solidarität des ersten amerikanischen Delegierten mit seinen europäischen Kollegen müsse den heilsamsten Einfluß auf die spätere Haltung der Deutschen ausüben.

Demgegenüber ist festzustellen, daß Owen Young lediglich in seiner Eigenschaft als Vorsitzender der Konferenz und nicht als amerikanischer Delegierter gesprochen hat. Man kann annehmen, daß die amerikanischen Delegierten, die bis jetzt eine Meinung in der Zahlenfrage noch nicht geäußert haben, vorläufig diesen Standpunkt beibehalten werden.

Waldecks Beispiel

Brauns Gruß an Waldeck

Die „Waldeckische Landeszeitung“ in Nordach bringt in ihrer Festschau ein Geseitwort des preussischen Ministerpräsidenten Dr. Brauns, das auf die grundsätzliche Bedeutung des Anschlusses Waldecks an Preußen eingeht und in dem es heißt: Die waldeckische Bevölkerung, die aus eigenem Antrieb und mit freiem Willen den Weg zur Verschmelzung ihres Landes mit Preußen gefunden hat, gibt dem übrigen Deutschland mit seiner staatlichen Vielseitigkeit und dem Nebeneinander zahlreicher in ihren Auswirkungen sich überschneidender Verwaltungsapparate ein musterhaftes Vorbild. Preußen treibt keine Großmannspolitik und will nicht um seiner selbst willen, daß kleinere Länder ausbleiben sollen, zu eskalieren. Es hat oft genug betont — und ich selbst habe mich immer wieder im Parlament und auch sonst vor der Öffentlichkeit des ganzen Landes zu dieser Auffassung bekannt —, daß Preußen jederselbst bereit ist, im Reich aufzugehen, wenn die anderen Länder das gleiche Opfer für den Gedanken eines innerlich starken, gefestigten und zweckmäßig gegliederten deutschen Reiches bringen wollen. So betrachte ich das Aufgehen Waldecks in Preußen auch nur als eine Etappe auf dem Wege, den wir gehen müssen, wenn wir uns nicht letzten Endes den Vorwurf gefallen lassen sollten, daß die schweren und bei Fortdauer unserer Vielstaaterei beinahe untragbaren wirtschaftlichen und politischen Gegenwartsaufgaben ein kleines und zum zielbewussten opferbereiten Handeln nicht fähiges Geschlecht gefunden haben.

Aman Ullah im Vormarsch

Ausbruch neuer Feindschaften zwischen den Stämmen in Afghanistan.

Bestimmte Gerüchte wollen davon wissen, daß Aman Ullah seit Dienstag auf Kabul vorrückt. Habib Ullah, der sich selbst in den Adelsstand erhoben hat, hat angeordnet, daß das Eigentum aller Mitglieder des königlichen Hauses, die außerhalb Kabuls weilen und nicht innerhalb eines Monats zurückkehren, beschlagnahmt werden soll. Auf diese Weise ledien die Feindschaften zwischen den Stämmen allmählich weiter.

der auf, so daß der Waffenstillstand gebrochen ist, den vor sechs Monaten die Vertreter der Stämme auf einer Konferenz geschlossen hatten.

Die Lohnbewegung der Eisenbahner

Der Vorstand des Einheitsverbandes der Eisenbahner Deutschlands hat sich in seiner gestrigen Sitzung mit der schwebenden Lohnbewegung beschäftigt und den Beschluß gefaßt, den Betrat der Organisation anzurufen und den Vertretern der Mitgliedschaft Gelegenheit zur Stellungnahme zu geben, um von ihnen die notwendigen Vollmachten zur Durchführung weiterer Maßnahmen zu erhalten. Ferner hat der Vorstand beschlossen, die Ortsgruppen des Verbandes durch ein besonderes Rundschreiben zu ermahnen, alle Eingriffe sogenannter Kampfleitungen oder ähnlicher rabialer Gebilde entschieden zurückzuweisen.

Der „I'm alone“-Zwischenfall

Neuer meldet aus New York: Nach einem Telegramm aus Belize (Britisch-Honduras) hat der dortige amerikanische Konsul Taggart um polizeilichen Schutz ersucht, weil große Erregung über die Verfertigung des Schnores „I'm alone“ durch ein amerikanisches Küstenwachtschiff herrscht. Zwei Mann der Besatzung des besagten Schiffes stammten nämlich aus Belize. Die Behörden haben alle Maßnahmen getroffen, um einen Anschlag auf das Konsulat zu verhindern.

Aus Washington meldet Reuters: Hier besteht allgemein der Eindruck, daß welches Ergebnis auch die Untersuchung der Verfertigung des „I'm alone“ haben wird, eine Revision oder zum mindesten eine deutlichere Auslegung der Abmachungen über die Bekämpfung des Alkoholschmuggels zwischen den Vereinigten Staaten und Großbritannien und den britischen Dominions dringend notwendig ist.

Schacht kommt nicht nach Berlin.

Wie wir von untrübsamer Seite erfahren, wird der Reichsbankpräsident Dr. Schacht nicht über Osnabrück nach Berlin zurückkehren, sondern auch bis zum Wiederausbruch der Sachverständigenkonferenz nach den Feiertagen in Frankreich bleiben. Damit entfallen die Vermutungen ausländischer Blätter, daß Dr. Schacht während der Pause eines „Zwischenfalls“ einziehen würde.